

Rede Thorsten Rupp, stellv. Vorsitzender SPD-Kreistagsfraktion
zum Entwurf Regionalplan Düsseldorf; Stellungnahme des Kreises
Kleve, Kreisausschuss 29.09.2016 :

Sehr geehrter Herr Landrat,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir beraten heute hier über die Stellungnahme des Kreises Kleve im
Rahmen des zweiten Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des
Regionalplans Düsseldorf.

Das dominierende Thema ist mit Abstand die Windenergie im Wald und
hier speziell im Reichswald.

Der Kreis Kleve hat auch vor dem Hintergrund der Beratungen in der
Gemeinde Kranenburg hierzu ausführlich Stellung genommen und
eindeutig Position bezogen.

Wie kaum eine andere Frage bewegt die Errichtung von
Windenergieanlagen im Reichswald die Bürgerinnen und Bürger in
Kleve, Goch, Kranenburg und auch in den angrenzenden Niederlanden.

Die Auseinandersetzung zwischen Wald-, Natur- und
Landschaftsschützern auf der einen Seite und Klimaschützern auf der
anderen Seite geht mitten durch die Ortsteile, durch Familien, Vereine,
Verbände und auch durch die Politik.

SPRECHPAUSE

Man sagt im Allgemeinen, die Deutschen hätten ein besonders
emotionales Verhältnis zum Wald. Und tatsächlich lehnen viele
Menschen hier zu Lande einen weiteren Ausbau der Windkraft im Wald
ab. Obwohl die Mehrheit den erneuerbaren Energien gegenüber
prinzipiell positiv eingestellt ist.

Der Wald hat etwas Märchenhaftes; ihm wohnt ein eigener Zauber inne.
Zu sagen, der Wald wäre schlicht eine Ansammlung von Bäumen, würde
ihm nicht annähernd gerecht.

Wie es um unsere Psyche bestellt ist, verrät manchmal auch ein Blick
auf die Bestsellerlisten des Buchhandels: Dort steht seit über einem Jahr
das Buch von Peter Wohlleben „Das geheime Leben der Bäume“.

Es ist, so der Klappentext, eine Liebeserklärung an den Wald. Es stand an der Spitze der Spiegel-Bestsellerliste, vor der Papstbiographie und vor Helmut Schmidts „Was ich noch sagen wollte“.

Als ich 1991 in Kleve mein Abitur machte, war das Thema „Waldsterben“ eher uncool. Die politische Debatte, die in den 80er Jahren ihren Höhepunkt hatte, ebte gerade ab. Das hat sich grundlegend geändert: Das Interesse an ökologischen Zusammenhängen und an einem schonenden Umgang mit Ressourcen ist mitten im Mainstream angekommen. Der Wald und der Baum oder das Meer und der Wal, sie haben eines gemeinsam: Sie berühren die Menschen und lösen starke Gefühle und Emotionen aus.

Und genau deshalb erhitzt das Vorhaben der Gemeinde Kranenburg am Kartenspielerweg eine sog. Windenergie-Konzentrationszone auszuweisen die Gemüter so sehr.

Das Leben der allermeisten Menschen ändert sich ständig. Der Wald erfüllt die Sehnsucht nach Beständigkeit. Er war Jahrhunderte vor uns da und soll auch in Zukunft nachfolgenden Generationen erhalten bleiben. Wenn möglich unverändert.

Der Klever Reichswald ist mit über 5000 ha Fläche das größte zusammenhängende Waldgebiet des Niederrheins und der größte zusammenhängende öffentliche Staatsforst in Nordrhein-Westfalen.

Er ist, dass weiß jeder Klever, Kranenburger und Gocher, ein besonderes Stück intakter Natur mit hohem Erholungswert. „Das Erholungsgebiet Reichswald hat für die Bevölkerung des Niederrheins, der angrenzenden Niederlande und des Ruhrgebietes eine überragende Bedeutung“, schreibt die Stadt Kleve auf ihrer Homepage.

Auf den Unterschriftenlisten der Bürgerinitiative „Gegenwind im Reichswald“ heißt es etwas pathetischer: „Der Reichswald ist ein uns Bürgern am Herzen liegendes, einzigartiges Kleinod“.

Meine Damen und Herren,

beides ist unbestreitbar richtig und neben mir sind sicherlich eine ganze Reihe weiterer Kreistagsmitglieder schon als Kind und seitdem immer wieder durch den Reichswald gewandert oder haben ihn mit dem Fahrrad durchquert.

Warum aber kommt nun die Gemeinde Kranenburg auf die Idee genau an diesem Kartenspielerweg eine Konzentrationszone für Windenergie auszuweisen?

Der Aufstellungsbeschluss zur Änderung des Flächennutzungsplanes, um damit eine Konzentrationszone im Reichswald auszuweisen, geschah zum einen, weil sie lt. vorliegender gutachterlicher Potentialanalyse woanders auf dem Gemeindegebiet nicht ausgewiesen werden konnte. Und wenn keine ausgewiesen werden könnte, wäre es künftig möglich, überall in der Gemeinde an genehmigungsfähigen Standorten einzelne Windkraftanlagen zu errichten. Das ausgewiesene Gebiet im Reichswald soll also eine ungeordnete Bebauung mit Windkraftanlagen verhindern und der Gemeinde damit ein Steuerungsinstrument geben. Das ist soweit nachvollziehbar und die Entscheidung ist vielen Politikern in Kranenburg in der Abwägung von ökonomischen Vorteilen und ökologischen Nachteilen für ihre Gemeinde sicherlich nicht leicht gefallen.

Aber auch der Aspekt, dass die Politik der Energiewende und der Ausstieg aus der Atomenergie nicht ohne Anstrengungen aller Beteiligten im Bund, Land und Kommunen, zu stemmen ist, spielte hier eine gewichtige Rolle.

Die Bundesregierung und die Landesregierung Nordrhein-Westfalen haben sich das Ziel gesetzt, den CO₂- Ausstoß deutlich zu reduzieren. Dies bedeutet notwendigerweise eine Steigerung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Dabei wird insbesondere der Windenergie eine bedeutende Rolle zukommen, ohne deren effizienteren Ausbau die Klimaschutzziele in Nordrhein-Westfalen nicht erreicht werden können.

Diese Zielsetzung soll zum einen durch das Repowering erreicht werden. Das bedeutet den Ersatz alter Anlagen durch neuere, leistungsstärkere. Zum anderen werden neue Vorranggebiete im Regionalplan und in der Folge weitere Konzentrationszonen in den Flächennutzungsplänen für die Windenergienutzung ausgewiesen.

Nordrhein-Westfalen ist im Verhältnis zum Bundesschnitt unterdurchschnittlich bewaldet. Die Waldflächenanteile unterscheiden sich regional aber noch einmal stark: im Bereich der Bezirksregierung Düsseldorf liegt der Waldanteil wiederum deutlich unter dem Durchschnitt. Auch der Kreis Kleve ist unterdurchschnittlich bewaldet. Daher bedürfen der Wald im Kreis Kleve und besonders der Reichswald eines besonderen Schutzes.

Mit dem überarbeiteten Windenergieerlass vom 04.11.2015 wurde die Möglichkeit geschaffen, auch Waldgebiete für die Errichtung von Windenergieanlagen unter bestimmten Bedingungen nutzbar zu machen. Bei Einhaltung der dort genannten Bedingungen eignen sich für eine Ausweisung von Gebieten beispielsweise Kahlfächen im Wald aufgrund von Schadensereignissen. Eine Ausweisung kommt nicht in Betracht, wenn es sich um besonders wertvolle Waldgebiete handelt.

Der bisherige Landesentwicklungsplan hat drei waldbezogene Ziele formuliert. Diese Ziele sehen vor, dass Waldgebiete so zu erhalten, zu pflegen und zu entwickeln sind, dass der Wald seine Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion nachhaltig erfüllen kann. Sie dürfen danach nur für andere Nutzungen in Anspruch genommen werden, wenn diese nicht außerhalb des Waldes realisierbar sind. Außerdem muss der Eingriff in den Wald auf das unbedingt erforderliche Maß beschränkt werden.

In den Regionalplänen des Landes Nordrhein-Westfalen werden die Grundsätze des Landesentwicklungsplans weiter konkretisiert. Dabei ist unter anderem zu beachten, dass die technisch bedingte Höhe der Windenergieanlagen im Wald von deutlich mehr als 100 Metern Nabenhöhe eine besondere Betrachtung des visuellen Eingriffs in das Landschaftsbild und auf das Landschaftserleben erforderlich machen.

Wälder sind komplexe Ökosysteme, Ort für menschliche Erholung und Naturerfahrung und Lebensraum für eine Vielzahl an Tier- und Pflanzenarten. Und genau deshalb ist es gut und richtig, dass bei der Standortwahl für Windenergieanlagen nicht nur ökonomische, sondern insbesondere auch strenge ökologische Kriterien anzulegen sind. Windenergie-Anlagen bedeuten immer einen Eingriff in die Umwelt und sollten daher möglichst naturverträglich und unter Berücksichtigung von Anwohnerinteressen errichtet werden. Aus diesem Grund ist es notwendig, sensible Naturräume wie den Reichswald ganz von der Nutzung durch Windenergieanlagen auszuschließen.

Die Planungen für den Windpark im Reichswald sind aber nicht nur bei den Bürgerinnen und Bürgern und Politikerinnen und Politikern umstritten, sondern der Presse konnten auch zahlreiche weitere, kritische Stimmen entnommen werden:

So lehnt zum Beispiel der Landesvorsitzende des NABU NRW, Josef Tumbrinck, die geplanten Anlagen an dieser Stelle ab.

Auch der Rheinische Verein für Landschaftspflege und Denkmalschutz spricht sich gegen den geplanten Standort der Windenergieanlagen aus.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz hat eine Normenkontrollklage angekündigt.

Der niederländische Umweltverband „Natuurmonumenten“ sieht einige wichtige Naturgebiete in der Grenzregion gefährdet und die niederländischen Gemeinden Gennep und Groesbeek bemängeln, dass die niederländischen Belange bei der Standortwahl nicht berücksichtigt worden sind.

Sehr geehrter Herr Landrat,
meine Damen und Herren,

die SPD-Kreistagsfraktion unterstützt nachdrücklich die Energiewende und auch die Windkraft, die dabei selbstverständlich ein wichtiger Baustein ist.

Vor dem Hintergrund der zuvor vorgetragenen Einschätzungen kündige ich hiermit an, dass sich eine deutliche Mehrheit der SPD-Kreistagsfraktion Kleve dem Entwurf der Stellungnahme des Kreises Kleve aufgrund seiner eindeutig ablehnenden Position zum Thema „Windenergie im Reichswald“ anschließen wird.

Es gibt aber auch Ablehnungen der Stellungnahme und Enthaltungen. Insofern entspricht das Meinungsbild unserer Fraktion sicherlich dem der Bevölkerung.

Die Mehrheit der Mitglieder der SPD-Kreistagsfraktion Kleve ist ganz klar der Auffassung, dass die geplanten Windräder nicht in den Reichswald gehören:

Der Reichswald soll Reichswald bleiben!

Die übrigen Einschätzungen zu anderen wichtigen Themen im Entwurf der Stellungnahme des Kreises Kleve zum Regionalplan, wie zum Beispiel, Flächenverbrauch, Natur-, Landschafts- und Hochwasserschutz, sehen wir als SPD-Fraktion weiterhin kritisch. Die jetzige Stellungnahme des Kreises Kleve ist wiederum einseitig geprägt mit Erwartungen, die die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten und den Ausbau eines starken Wirtschaftsraums im ländlichen Raum in den Fokus rückt. Ähnliche Formulierungen für die Entwicklung von Natur und Landschaft fehlen und zeugen von der Ungleichgewichtigkeit in der Flächenplanung zu Lasten unserer Natur und Landschaft.

Wie schon bei der Beratung zur Stellungnahme des Kreises zum Landesentwicklungsplan und zum neuen Landesnaturschutzgesetz gibt auch die heutige Vorlage eine Tendenz wieder, die man mit dem Prinzip beschreiben kann:

„Neue Gewerbe-, Industrie- und Siedlungsflächen sind gute Flächen. Hier verlangt die Stellungnahme des Kreises Ausweitungen, Zuschläge und mehr Flexibilität. Neue Naturschutzflächen hingegen sind abzulehnen, weil dadurch wertvolle Ackerfläche verloren geht.“

Deshalb möchte ich es noch einmal betonen: Ohne die klare Positionierung des Kreises Kleve zum Thema Windenergie im Reichswald hätten wir die Stellungnahme einmütig abgelehnt.

Thorsten Rupp, 29.09.2016